

Henleins Friedensangebot

Auf der Tagung der Sudetendeutschen Partei in Karlsbad hat Konrad Henlein als der Führer der 3 1/2 Millionen in der Tschechoslowakei lebender Deutschen klar und eindeutig acht Forderungen herausgestellt, die auf der Grundlage des Rechts fußen: Gleichberechtigung und Gleichrangigkeit der deutschen Volksgenossen mit dem tschechischen Volke, Anerkennung der sudetendeutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zur Wahrung seiner gleichberechtigten Stellung, Feststellung und Anerkennung des Siedlungsgebietes und in diesem Aufbau einer Selbstverwaltung, Schaffung gesetzlicher Schutzbestimmungen für Staatsangehörige, die außerhalb des geschlossenen Siedlungsgebietes ihres Volkstums leben, Beseitigung des dem Sudetendeutstum seit 1918 zugefügten Unrechts und Wiedergutmachung der Schäden, Durchführung des Grundgesetzes im deutschen Gebiet, deutsche öffentliche Angelegenheiten und schließlich Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum.

Wenn man an das Unrecht, die Not und das Leid denkt, das die Sudetendeutschen seit den Friedensverträgen erdulden mußten, deren Bestimmungen von der tschechoslowakischen Regierung nicht eingehalten wurden, und wenn man sich erinnert, daß auch die freiwillig in den Denkschriften an die Friedenskonferenz gegebenen Versprechungen nicht gehalten wurden, ebenso wenig wie die staatsrechtlichen Verpflichtungen, die die Tschechoslowakei in der Staatsverfassung eingegangen ist, dann sind die Forderungen Henleins nur selbstverständlich. Die von Henlein geforderte Wiedergutmachung der Schäden ist ja nur zum Teil möglich, denn zu den materiellen kommen noch die seelischen durch die Unterdrückung, durch die Verarmung und durch die Gewissensnot, in die man die Sudetendeutschen immer wieder trieb. Die Niederknüpfung deutscher Abgeordneter vor einigen Monaten unterstreicht die dringende Forderung nach deutschen Angelegten im öffentlichen Dienst hinreichend.

Nach dieser klaren Herausstellung der Forderung des Sudetendeutstums liegt es nun an der Prager Regierung, auf das Friedensangebot Henleins einzugehen und den von ihm vorbezeichneten Weg zu beschreiten, allerdings nicht durch Reden und Versprechungen, sondern nur durch Taten. Die Regierung würde auch keine Schwierigkeiten durch das tschechische Volk haben, das, wie Henlein feststellte, „im Grunde seines Herzens friedliebend und versöhnungswillig ist“. Das Sudetendeutstum fordert für sich nur völlige Souveränität, die das tschechische Volk ja selbst auch übt. Die Welt sollte erkennen, daß die Zeit der Kompromisse vorbei ist.

Tschechische Presse lehnt ab

Die Aufnahme der Henlein-Rede im Ausland.

Aus den ersten Ausgaben der tschechischen Blätter ist ersichtlich, daß man es sehr eilig hat, eine ablehnende Stellungnahme zu betonen. Wenn dabei mit Argumenten aufgewartet wird, die am Kern der Sache vorbeigehen, und die auch Henlein in seiner Rede selbst schon widerlegt hat, so zeigt das nur davon, daß man den berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen keinen wirklich begründeten Standpunkt entgegenzusetzen kann.

Ein Beispiel dafür, wie man sich dabei aus der Verlegenheit hilft, gibt das rechtsgerichtete oppositionelle „Bonbein Usti“. Das Blatt, das die Rede als „unerhört“ bezeichnet, meint, es sei eine „politische Fivolität“, von einer Rechtfertigung seit 1918 zu sprechen. Es sei nun für alle Welt klar, heißt es weiter, welche Ziele die SDP. verfolge. „Darauf kann von uns ohne Rücksicht auf die politische Parteizugehörigkeit nur ein entschlossenes Nienials erklingen.“

„A Jer“ erklärt u. a.: Das, was der Vorsitzende der größten deutschen Partei ausgeführt hat, ist so bedeutungsvoll für die innen- und außenpolitische Situation des Staates, daß die tschechoslowakische Regierung jetzt vor ernste Erwägung und Entscheidung der Situation gestellt ist.

Krofta wünscht Zusammenarbeit

Der tschechoslowakische Außenminister Krofta bringt im „Petit Parisien“ zum Ausdruck, wenn die Tschechoslowakei Italiens Herrschaft über Abyssinien bisher nicht anerkannt habe, so nur deshalb, weil sie Frankreich und England nicht zuzerkommen wollte. Das Ziel der Tschechoslowakei sei, mit Deutschland zu einer befriedigenden Zusammenarbeit zu gelangen, „unter der aktiven Mitarbeit“ Italiens, der Kleinen Entente, Ungarns, Frankreichs und Englands. Schließlich äußerte Krofta u. a. zur Haltung dem Deutschen Reich gegenüber:

„Was unsere augenblicklichen Beziehungen zum Reich betrifft, so möchte ich unterstreichen, daß sie absolut normal sind und daß die laufenden Angelegenheiten zur Zufriedenheit beider Teile auf dem gewöhnlichen diplomatischen Weg geregelt werden.“ Die Reichsregierung hat sich niemals mittelbar in unsere inneren Angelegenheiten gemischt, und sie nimmt in dieser Hinsicht eine absolut korrekte Haltung ein.“

Entgleisungen der englischen Provinzpresse

Sie sieht Finsternis und Freiheit im sudetendeutschen Ausschrei London, 25. April. Die englische Provinzpresse zeigt, traditioneller Haltung diesseits des Kanals entsprechend, wenig Verständnis für die Forderungen des Sudetendeutstums. Wenn „Manchester Guardian“ behauptet, daß die Tschechei seit dem Anschluß Oesterreichs gegenüber der deutschen Minderheit geduldig, freundlich und entgegenkommend gewesen sei, gibt sie aber damit immerhin zu, daß man vorher ungeduldig, unfreundlich und nicht entgegenkommend war. — „Birningham Post“ hält Henleins Forderung auf Selbstverwaltung der sudetendeutschen Gebiete für schwer erfüllbar. Anschließend malt das Blatt, wie es leider in angelsächsischen Ländern seit einigen Jahren üblich ist, wieder einmal Krieg an die Wand. „Liverpool Daily Post“ entblödet sich nicht, von finsternen Forderungen Henleins, frechem Verlangen usw. zu sprechen.

Gemeindevahlen im tschechoslowakischen Staatsgebiet

Prag, 26. April. Wie das Tschechoslowakische Pressbüro meldet, sind von den zuständigen Bezirksbehörden respektive Landesbehörden in den Ländern Böhmen, Mähren-Schlesien, Slowakei und Karpatenrußland für den 22. Mai 1938 Wahlen

Die Elbe als Bindeglied

Der Verkehr zwischen Sachsen und den Seehäfen

Eine wichtige Frage für die sächsische, namentlich die ostfälische Wirtschaft wird im Jahresbericht 1937 der Industrie- und Handelskammer Dresden (zugleich als Geschäftsstelle der Wirtschaftskammer Sachsen) mit dem Ausbau der Elbeschifffahrt behandelt. Wir geben diesen Abschnitt, der wertvolle Aufschlüsse über die Elbe als Verkehrsweg bringt, auszugsweise wieder.

Die Bedeutung der Elbe für die deutsche Verkehrs- wirtschaft und besonders für das sächsische Wirtschaftsgebiet ist in den letzten Jahren wiederholt unterstrichen worden. In seinem Geleitwort zum Elbeschifffahrtstag 1937 in Lübeck hat der Reichsverkehrsminister mit Recht betont, daß die Elbe kraftvoll die Rolle des Verbindens übernommen habe, daß sie eine Kraftquelle für Berlin und die immer mehr anwachsende mitteldeutsche Industrie, eine Mittlerin ihres Abzuges und eine wertvolle Verbindung mit der See über den Welthafen Hamburg darstellt. Das gilt in ganz besonderem Maß auch für Sachsen und rechtfertigt die Forderungen, die für den Ausbau des oberen Elbelaufes von der sächsischen Regierung und sächsischen Wirtschaft immer wieder aufgestellt worden sind. Diese Forderungen, die auf die Stärkung der Zuverlässigkeit der Elbe als Verkehrsstraße abzielen, können nicht dadurch abgeschwächt werden, daß in den letzten Jahren die Wasserstandsverhältnisse befriedigend waren und demzufolge eine Erholung des Güterumschlages eintrat. Die jederzeit mögliche Lähmung der Elbe durch Wasserstandsveränderungen macht vielmehr die Durchführung jener Forderungen unaufschiebbar, wenn nicht zu den vergangenen Jahren eingetretenen unermesslichen Schäden neuer Schaden hinzutreten soll. Auch die Tatsache, daß der Anteil der Elbe am gesamtdeutschen Güterverkehr verhältnismäßig klein ist, mindert nicht die Dringlichkeit, denn die entscheidende Bedeutung der Elbe liegt in ihrer Rolle als Bindeglied im Verkehr zwischen Sachsen und den Seehäfen. 1935 bewältigte sie z. B. rund 45 v. H. des in dieser Richtung sich vollziehenden Güterumschlages. So ist die Elbe für die Gestaltung der Ein- und Ausfuhrbeziehungen Sachsens von größter Bedeutung.

Das vergangene Jahr hat erfreulicherweise die Möglichkeit geboten, die wichtigen mit der Elbeschifffahrt zusammenhängenden Wirtschaftsfragen nochmals ausführlich vor dem Forum der Öffentlichkeit zu beleuchten, indem der Hauptgeschäftsführer der Kammer auf dem Lübecker Elbeschifffahrtstag neben den Beziehungen Sachsens zum Ostseeraum die verkehrswirtschaftliche Bedeutung der Elbe für Sachsen, ihre Mängel und die Möglichkeiten ihrer Behebung grundlegend zu behandeln Gelegenheit hatte. Wenn die Elbe und namentlich die Oberelbe in ihrem Verkehr hinter der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zurückbleibt und im Durchschnitt der letzten Jahre nur etwa ein Achtel des Abverkehrs gegenüber früher etwa einem Drittel verzeichnete, so ist das entscheidend darauf zurückzuführen, daß es der Elbe infolge ihrer wechselnden Wasserstandsverhältnisse an der notwendigen Zuverlässigkeit und damit am Vertrauen der Verfrachter fehlt. Völlige Erfüllung der Transportleistungen, größtmögliche Billigkeit der Verfrachtung und Stetigkeit der Exportkalkulation auch in frachtlicher Beziehung werden durch die Elbe nicht in genügender Weise gewährleistet und diese mit in der Erfüllung ihrer exportfördernden Aufgabe als großer Schifffahrtsweg gehemmt.

Erfreulicherweise sollen die bereits in Angriff genommenen Regulierungsarbeiten zur Gewährleistung einer Mindesttauchtiefe tatkräftig fortgeführt werden.

Das Elbeprogramm bedarf darüber hinaus, wie sich aus dem Bericht weiter ergibt, unaufschiebbar der Ergänzung durch den Bau des Pirnaer Ausgleichsbeckens, das die Lieferung von Zuleitungs- und Niedrigwasserperioden und das Auffangen der Hochwasser- spigen ermöglicht.

Abschließend wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Bau des Pirnaer Staubeckens doch noch 1938 in Angriff genommen werden kann, zumal die Oberelbe durch den Bau des Elster-Saale-Kanals und des Südflügels des Mittelkanals zum Nachteil der oberelbischen Wirtschaft ins Hintertreffen gerät.

Die Festtage in Tirana

Volkstänze und Festzug durch die Straßen.

Die albanische Hauptstadt Tirana steht seit Tagen völlig im Zeichen der bevorstehenden Hochzeit des Königs Zogu mit der ungarischen Gräfin Geraldine Apponyi. Die Stadt hat reichen Flaggenschmuck angelegt und an den wichtigsten Punkten sind Triumphbögen errichtet. Aus dem Auslande sind viele Hochzeitsgäste und Sonderberichterstatter von Zeitungen und Nachrichtenagenturen eingetroffen.

Die Festlichkeiten wurden durch eine Ansprache des Bürgermeisters der Hauptstadt an die auf dem Standerbeg-Platz versammelte Bevölkerung eingeleitet, an die sich Volkstänze sowie ein großer Festzug durch die Hauptstraßen der Stadt angeschlossen. Im weiteren Verlauf der Festlichkeiten wird für eine neue Straße, die die Hauptstadt Tirana mit der Hafenstadt Durazzo verbindet, vom italienischen Außenminister Graf Ciano der erste Spatenstich getan werden.

Wz in die fernsten Winkel Albaniens nimmt das ganze Volk an der Königsfeier herzlichen Anteil. In den Bergen schneit selbst die Blutrache, wie sie heute noch im Innern des Landes geübt wird. Die feindlichen Bergstämme haben den Waffenstillstand beschlossen und die Waffen gestreckt. Sendboten von ihnen haben dem König sogar freiwillig den Treueid geleistet.

Die Trauung des königlichen Paares findet am 27. April um 10.30 Uhr statt. Anschließend begibt sich das Königspaar nach Durazzo, wo es in einer in beherrschender Lage am Meeresstrand errichteten Villa Wohnung nehmen wird.

Schlacht bei Hsütschau

Starker Einsatz chinesischer Kräfte.

Tschiangkai-schek hielt in Hsütschau eine Konferenz mit den höchsten chinesischen Kommandeuren der Südschantung-Front ab. Der Kriegsrat beschloß den Einsatz aller im Raum von Hsütschau konzentrierten chinesischen Streitkräfte. Nach Ansicht militärischer Kreise Chinas wird die große Schlacht bei Hsütschau über das Schicksal von Südschantung und Nordkiangsu entscheiden und für den weiteren Fortgang der chinesisch-japanischen Feindseligkeiten von wesentlichem Einfluß sein.

Seftige Kämpfe entwickelten sich auf der ganzen halbkreisförmig zwischen Lini und Hsütsien verlaufenden Front. Besonders erbitterte Kämpfe fanden südwestlich von Lini statt, wo japanische Truppen die chinesische Front in Richtung auf Tanscheng zu durchbrechen versuchten. Auch der linke chinesische Flügel, der nach Aufgabe der Belagerung von Hsütsien längs der Zweigbahn von Hsütsien bis in die Nähe von Tairtschwang ausgerichtete wurde, war das Ziel schwerer japanischer Angriffe. Starke motorisierte japanische Einheiten griffen auch südlich von Hsütsien an. Die Spannung in Hankau über die Entwicklung der Kämpfe an der Südschantungfront ist auf das höchste gestiegen.

180 Kilometer vor Hankau

Unter Mitwirkung der Yangtse-Streitkräfte und des japanischen Marinelandungsforps landeten die Japaner Truppenverbände auf dem linken Ufer des Yangtse bei Hsütsien, 60 Kilometer von Hankau entfernt und besetzten das westwärts gelegene Hsütschau. Die Japaner stehen damit an der Straße, die nach Chaohsien führt, halbwegs an der Wuhu-Lutschau-Eisenbahn. Ihr Standort liegt noch 180 Kilometer nördlich von Hankau entfernt. Da dieser Weg eine Annarschstraße nach Hankau ist, aber die Stärke der gelandeten japanischen Truppen noch nicht bekannt ist, kann über die Bedeutung dieser Bewegung noch nichts gesagt werden.

Nichteinmischung finanziell übergestellt

Die Hauptunterauschussung des Nichteinmischungs-ausschusses in London am Montag befaßte sich ausführlich mit der dringend gewordenen Frage der Finanzierung des Nichteinmischungsamtes und des Kontrollappa-

Der Reichswettkampf in Hamburg

Prüfungen in Berufstheorie und Weltanschauung

Hamburg, 26. April. Nach den Sportkämpfen des Reichsberufswettkampfes, die am Sonntag ausgetragen wurden, begannen am Montag die Prüfungen in Berufstheorie und Weltanschauung. Wettkampfstätten waren Berufsschulen Hamburgs, geprüft wurde in vier Leistungsklassen, behandelt wurden dabei Fragen der aktuellen Welpolitik.

Ein einmaliges Bild boten die hauswirtschaftlichen Wettkämpfe in den Hamburger Zoo-Hallen. 500 Mädel kochten, plätteten und 730 saßen an Nähmaschinen, um ein Kleidungsstück für Kinder zu nähen. In der 2. Berufsschule waren die 500 über 23 Jahre alten weiblichen Wettkämpfer aus allen deutschen Gauen zusammengekommen, unter ihnen Fabrikarbeiterinnen, Wohlfahrtspflegerinnen, Näherinnen, Friseurinnen, überhaupt jeder Beruf, in dem Frauen tätig sind. Ihre zufällige hauswirtschaftliche Aufgabe begann mit dem Kesselschneuern und endete mit der Zubereitung eines zum Auftragen fertigen Gerichtes.

Gottesdienstordnung für den 1. Mai

Zeitliche Trennung von Staats- und Parteifeiern.

Der Leiter der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei und Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Werner hat die obersten Behörden der deutschen evangelischen Landeskirchen ersucht, für Sonntag, 1. Mai, folgende Gottesdienstordnung vorzunehmen:

Da der Nationalfeiertag des Deutschen Volkes in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, ist es erforderlich, daß die Gottesdienstzeiten an diesem Tage so gelegt werden, daß sie nicht mit den von Staat und Partei veranstalteten Feiern zeitlich zusammenstoßen. Es ist deshalb zweckmäßig, daß am Sonntag, 1. Mai, die Gottesdienste einheitlich von 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr stattfinden. Durch diese Festsetzung wird ermöglicht, daß alle Gottesdienstbesucher am Staatsakt und den übrigen Veranstaltungen teilnehmen.

Arbeitslosenzahl unter Vorjahrstiefstand

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Sachsen teilt mit: Bereits in der ersten Hälfte des Monats April ist nunmehr auch im Landesarbeitsamtsbezirk Sachsen der Tiefstand der Arbeitslosigkeit im Jahre 1937 insgesamt unterschritten worden. Fast die Hälfte der sächsischen Arbeitsämter hat jetzt weniger Arbeitskräfte für Vermittlungen zur Verfügung, als im günstigsten Zeitpunkt des Vorjahres (Ende September 1937) vorhanden waren, und beeinflusst damit auschlaggebend das Gesamtergebnis. Insbesondere lagen wieder für die Saisonaußenberufe zahlreiche Anforderungen vor. Aber auch die übrigen Wirtschaftszweige waren für Sach- und Hilfskräfte aufnahmefähig. Mit fortschreitender Besserung der Witterungsverhältnisse ist noch mit einem weiteren Absinken der Arbeitslosenziffer zu rechnen.

Steigerung der Erzeugung

Beschlüsse des französischen Kabinettsrates.

Der französische Kabinettsrat hat den Plan zur Gesundung der Wirtschaft angenommen. Ministerpräsident Daladier gab sodann eine Erklärung ab, in der er feststellte, daß die Hauptidee des Planes der Steigerung der Erzeugung gelte. Das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz und des Haushalts könne nur durch Arbeit erzielt werden. Der Plan werde ab 1. Mai durch eine Reihe von Dekreten in Kraft gesetzt werden.